

Geschäftsbericht 2015

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG

Überblick

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG		2015	2014	2013	2012	2011
Anzahl der versicherten Personen	Tsd.	1.843,1	1.827,1	1.812,3	1.791,7	1.769,9
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	1.559,4	1.546,8	1.531,7	1.511,7	1.493,6
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	Mio. €	1.188,1	1.128,2	1.097,4	1.061,0	1.036,8
Kapitalanlagen	Mio. €	9.480,2	8.998,3	8.438,8	7.904,8	7.341,1
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	325,8	322,3	322,6	306,1	283,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	Mio. €	9.320,5	8.863,6	8.322,1	7.791,6	7.244,5
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	115,9	161,8	171,8	157,9	133,9
Eigenkapital	Mio. €	221,7	213,6	219,6	203,7	199,7
Jahresüberschuss	Mio. €	34,1	30,0	40,0	28,0	28,0

Kennzahlen

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG		2015	2014	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote	%	12,3	12,1	12,0	11,9	11,8
RfB-Quote	%	31,9	34,0	27,9	24,2	18,7
Überschussverwendungsquote ¹	%	78,7	85,3	82,8	86,3	86,7
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote ²	%	10,7	12,7	13,1	11,3	11,9
Schadenquote ²	%	81,3	79,3	78,4	80,0	79,1
Verwaltungskostenquote	%	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
Abschlusskostenquote	%	5,9	5,9	6,6	6,7	6,9
Nettoverzinsung	%	3,5	3,7	3,9	4,0	4,0
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	3,3	3,6	4,0	4,1	4,0

¹ Im Jahr 2015: nach Art der Lebensversicherung 85,1 Prozent.

² Im Jahr 2012 angepasste Kennzahl lt. PKV-Verband.

Inhalt

2	Gremien
---	---------

Lagebericht

4	Lagebericht
18	Anlage zum Lagebericht Bewegung und Struktur des Versicherungsbestands im Geschäftsjahr 2015

Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung

20	Bilanz zum 31. Dezember 2015
22	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Anhang

24	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
30	Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2015
23	Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva
35	Erläuterungen zur Bilanz – Passiva
38	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
40	Sonstige Angaben
42	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
43	Bericht des Aufsichtsrats
44	Impressum

Gremien

Aufsichtsrat

Friedrich Schubring-Giese

Vorsitzender

Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl

Stellvertretender Vorsitzender seit 13. April 2015

Vorsitzender des Vorstands
SV Sparkassenversicherung Holding AG

Dr. Wolfgang Breuer

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial NordWest Holding AG
(seit 1. Januar 2016)

Daniela Eckmann¹

Angestellte
(seit 13. April 2015)

Gabriele Edlhuber¹

Angestellte

Dr. Dirk Hermann

Vorsitzender des Vorstands
SAARLAND Feuerversicherung AG
SAARLAND Lebensversicherung AG

Maximilian Huber¹

Angestellter

Walter Kohlenz¹

Angestellter
(seit 13. April 2015)

Franz Kränzler

Generalbevollmächtigter
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Klaus G. Leyh

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Christian Luff¹

Angestellter

Hans-Jörg Rippstain¹

Angestellter
(bis 13. April 2015)

Helmut Späth

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Dr. Stephan Spieleder

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

Dr. Walter Tesarczyk

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial Rheinland Versicherung AG
Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG

Jörg Tomalak-Plönzke

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial Nord Brandkasse AG
(vom 13. April 2015 bis 31. Dezember 2015)

Klaus-Arno Türk¹

Angestellter
(bis 13. April 2015)

Dr. Frank Walthes

Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts

¹ Vertreter der Arbeitnehmer.

Vorstand

Dr. Harald Benzing

Vorsitzender

Unternehmensplanung und Controlling,
Unternehmenskommunikation, Personal,
Betriebsorganisation, Revision, Rechnungswesen,
Mathematik und Produktentwicklung, Versicherungs-
mathematische Funktion, Anwendungsentwicklung,
Risikomanagement

Manuela Kiechle

Vertrieb, Marketing, Auslandsgeschäft,
Reiseversicherung, Allgemeine Services,
Compliance, Risikomanagement

Andreas Kolb

Kundenservice (Bestandsverwaltung), Leistungs-
bearbeitung, Gesundheitsmanagement, Beihilfe- und
Firmenversicherung, Recht und Steuern, Vermögens-
anlage und -verwaltung, Service-Center, Datenschutz,
Risikomanagement
(seit 1. Januar 2016)

Wolfgang Reif

Kundenservice (Bestandsverwaltung), Leistungs-
bearbeitung, Gesundheitsmanagement, Beihilfe- und
Firmenversicherung, Recht und Steuern, Vermögens-
anlage und -verwaltung, Service-Center, Datenschutz,
Risikomanagement
(bis 31. Dezember 2015)

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG wurde 1926 gegründet und gehört zusammen mit der Union Krankenversicherung AG zur Consal Beteiligungsgesellschaft AG. Die Gesellschaften sind Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern (VKB) und sind als öffentliche Versicherer in die Sparkassen-Finanzgruppe eingebunden. Sie sind nach versicherten Personen die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland. Sie bieten eine umfassende Produktpalette mit bedarfsorientierten und leistungsstarken Krankheitskostenvoll- und -zusatzversicherungen sowie Pflegeversicherungen und betriebliche Krankenversicherungen. In der Beihilfeablöseversicherung ist die Bayerische Beamtenkrankenkasse Marktführer in Deutschland.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Weltwirtschaft zeigte 2015 ein moderates Wachstum. Während die großen Industrieländer eine günstige wirtschaftliche Entwicklung aufwiesen, hat sich das Wachstum in den Schwellenländern verlangsamt. Die konjunkturelle Erholung im Euroraum, die Mitte 2014 begonnen hat, hat sich fortgesetzt. Günstige Rahmenbedingungen sind dabei die niedrigen Energiepreise infolge des erneuten Ölpreisverfalls und der schwache Außenwert des Euro.

Auch in Deutschland setzte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum fort. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresvergleich um 1,7 Prozent. Eine wichtige Stütze des konjunkturellen Aufschwungs war weiterhin die starke Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,9 Prozent. Zu der günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte trug die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei. Nach Mitteilung der Bundesagentur für Arbeit verringerte sich die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag im Jahresdurchschnitt erstmals bei über 43 Mio. Personen. Zudem übertrafen die Lohnsteigerungen erneut die moderaten Preiserhöhungen. Die Verbraucherpreise stiegen mit 0,3 Prozentpunkten deutlich langsamer als ein Jahr zuvor mit 0,9 Prozentpunkten, vor allem aufgrund rückläufiger Energiepreise.

An den Finanzmärkten hat sich das niedrige Zinsniveau weiter verfestigt. Ein neues, umfangreiches Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank im Januar 2015 hat die bereits expansive Geldpolitik weiter spürbar gelockert. In Deutschland fiel die Rendite der 10-jährigen

Bundesanleihen im ersten Halbjahr 2015 deutlich bis zu einem Tiefststand von unter 0,1 Prozent und verblieb im Gesamtjahr bei unter 1 Prozent. Zwar stellt das niedrige Zinsniveau eine Herausforderung für die Lebensversicherung und für die Krankenversicherung dar, der Gesamtwirtschaft steht dadurch jedoch Liquidität zu günstigen Konditionen zur Verfügung.

Die positive Lage der privaten Haushalte stabilisiert gleichzeitig die Nachfrage nach Versicherungsprodukten. Trotz der hohen Konsumausgaben und niedrigen Zinsen hat sich die Sparquote gemäß Statistischem Bundesamt gegenüber dem Vorjahr von 9,5 Prozent auf 9,7 Prozent erhöht.

Branchenentwicklung

Die deutsche Versicherungswirtschaft bietet umfassenden Risikoschutz und Vorsorge für private Haushalte, Gewerbe, freie Berufe, Industrie und öffentliche Einrichtungen. Sie konnte sich auch in den Jahren der Finanz- und Staatsschuldenkrise stabil entwickeln.

Auch im Geschäftsjahr 2015 verzeichneten die deutschen Versicherer in Summe über alle Sparten hinweg eine Zunahme der Beiträge.

Größte Herausforderung, insbesondere für die Lebensversicherung, stellt das anhaltende Niedrigzinsumfeld dar, das nicht zuletzt eine Folge der extrem expansiven Geldpolitik ist. Bislang beweist die Versicherungsbranche jedoch erfolgreich, dass sie mit ihrer auf Sicherheit und Stabilität ausgerichteten Kapitalanlage auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner für die Bürger bei der Absicherung der Risiken aus der Sach- und Personenversicherung bleibt.

Das Jahr 2015 war zudem geprägt von den Vorbereitungsarbeiten auf den Übergang zum neuen Aufsichtssystem Solvency II. Die Regelungen von Solvency II treten Anfang 2016 in Kraft und führen zu tiefgreifenden Veränderungen des regulatorischen Rahmens, in dem sich die Versicherungsunternehmen bewegen.

Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und private Krankenversicherung (PKV) bilden die Säulen des deutschen Gesundheitssystems. Rund 9 Mio. Menschen in Deutschland sind privat krankenvollversichert, darüber hinaus gibt es etwa 24 Mio. Zusatzversicherungen.

Die private Kranken- und Pflegeversicherung verzeichnete im Jahr 2015 ein moderates Wachstum. Dieses resultierte zum einen aus Beitragsanpassungen infolge des medizinischen Fortschritts im Gesundheitssystem und des anhaltenden Niedrigzinsniveaus; die Leistungsausweitungen aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes I führten zu Beitragsanpassungen in der Pflegepflichtversicherung. Zum anderen setzte sich der Trend zu privater Vorsorge als Ergänzung zum Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung fort. Weiterhin positiv entwickelte sich auch die Nachfrage nach Pflegezusatzversicherungen.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2015 war für die Bayerische Beamtenkrankenkasse erfolgreich. Die geplante Beitragssteigerung wurde mit 0,8 Prozent erreicht. Dies ist zum einen auf eine sehr geringe Beitragsanpassung als auch auf die Entwicklungen im Neugeschäft zurückzuführen. Die Verwaltungskostenquote lag unverändert bei 2,0 Prozent, die Abschlusskostenquote lag wie im Vorjahr bei 5,9 Prozent. Die Schadenquote stieg moderat auf erwartete 81,3 Prozent an. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zurückzuführen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen dabei bei 1.188,1 Mio. Euro und für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 496,5 Mio. Euro zugeführt.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse erzielte ein Ergebnis aus Kapitalanlagen von 325,8 Mio. Euro. Die Nettoverzinsung lag bei 3,5 Prozent. Zum 31. Dezember 2015 waren Bewertungsreserven von 1.310,8 Mio. Euro vorhanden.

Der Jahresüberschuss 2015 lag mit 34,1 (30,0) Mio. Euro erwartungsgemäß über dem Niveau des Vorjahres.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 0,8 Prozent auf 1,56 (1,55) Mrd. Euro. Dieser Anstieg resultierte aus dem Neugeschäft und aus notwendigen Beitragsanpassungen.

Einschließlich der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 130,7 Mio. Euro beliefen sich die Gesamtbeitrageinnahmen auf 1,7 Mrd. Euro.

Neugeschäft

Das Neugeschäft in der Krankheitskostenvollversicherung war leicht rückläufig. Das Zusatzversicherungsgeschäft konnte gesteigert werden. Bei den Pflegezusatztarifen wurde wiederum ein hohes Niveau erreicht.

Bestand

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse konnte erneut ein Bestandswachstum von 15.936 Kunden verzeichnen. Zum

Jahresende hatte sie 1.843.059 Kunden versichert, davon 342.933 in der Krankheitskostenvoll- und 1.027.058 in der Krankheitskostenzusatzversicherung. In der Beihilfe- und Pflegeversicherung waren 473.068 Personen versichert.

Leistungen an die Kunden

Die Zahlungen für Versicherungsfälle und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle inklusive der Schadenregulierungsaufwendungen lagen bei 1.188,1 (1.128,2) Mio. Euro. Für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 496,5 Mio. Euro zugeführt. Die PKV-Schadenquote, die durch die Veränderung der Deckungsrückstellung wesentlich beeinflusst wird, lag bei 81,3 (79,3) Prozent. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden 115,9 (161,8) Mio. Euro zugeführt. Diese Mittel kommen den Versicherten durch geringere Beitragsanpassungen oder in Form von Beitragsrückerstattungen in der Zukunft direkt zugute.

Kosten

Die Verwaltungskostenquote lag unverändert bei 2,0 Prozent. Die Abschlusskostenquote lag wie im Vorjahr bei 5,9 Prozent.

Insgesamt stiegen die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf 124,2 (122,7) Mio. Euro. Diese untergliedern sich in 31,8 (31,4) Mio. Euro Verwaltungs- und 92,4 (91,3) Mio. Euro Abschlussaufwendungen.

Kapitalmarkt und Entwicklung Kapitalanlagen

Infolge der expansiven Geldpolitik im Euroraum setzte sich im Jahr 2015 unvermindert der Trend der Vorjahre im Hinblick auf eine weitere Absenkung des Zinsniveaus fort. Insbesondere im Bereich von Tages- und Termingeldern waren Negativzinsen zu bezahlen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe blieb mit 0,56 Prozent zum Jahresende gegenüber 0,54 Prozent zu Beginn des Jahres nahezu unverändert.

In den USA hingegen setzte sich die Abkopplung der Zinskurve im Vergleich zum Euroraum infolge der moderaten konjunkturellen Erholung fort und führte deshalb weiterhin zu vergleichsweise attraktiven Investitionsalternativen in US-Dollar-Anlagen.

Die globalen Aktienmärkte entwickelten sich im Jahresverlauf positiv: Der europäische Aktienindex Euro Stoxx 50 schloss 7,35 Prozent, der amerikanische Index S&P 500 1,37 Prozent über Vorjahresniveau.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 325,8 (322,3) Mio. Euro.

Bei den Bruttoerträgen konnte die Bayerische Beamtenkrankenkasse ein Ergebnis von 343,6 (339,9) Mio. Euro verzeichnen. Darin enthalten waren laufende Erträge in Höhe von 314,4 (322,9) Mio. Euro und Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 29,2 (16,4) Mio. Euro. Die Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund höherer Abgangsgewinne aus Schulscheindarlehen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 17,8 (17,6) Mio. Euro. Sie setzten sich aus laufenden Aufwendungen in Höhe von 5,9 (4,1) Mio. Euro sowie Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 11,9 (3,5) Mio. Euro zusammen. Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund von außerplanmäßigen Abschreibungen auf ein Schulscheindarlehen der HETA Asset Resolution.

Die Nettoverzinsung erreichte 3,5 (3,7) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – lag bei 3,3 (3,6) Prozent.

Überschussbeteiligung

Im Verhältnis zum Rohüberschuss nach Steuern in Höhe von 159,9 (203,7) Mio. Euro ergab sich eine Überschussverwendungsquote von 78,7 (85,3) Prozent für das gesamte und von 85,1 (91,3) Prozent für das nach Art der Lebensversicherung betriebene Geschäft.

Jahresüberschuss

Der Steueraufwand der Gesellschaft lag bei 32,0 (21,6) Mio. Euro, der Jahresüberschuss belief sich auf 34,1 (30,0) Mio. Euro.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Bayerischen Beamtenkrankenkasse stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,1	–	1,3	–
Kapitalanlagen	9.480,2	98,4	8.998,3	98,4
Übrige Aktiva	153,0	1,6	148,8	1,6
Gesamt	9.634,3	100,0	9.148,4	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	221,7	2,3	213,7	2,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	9.320,5	96,7	8.863,6	96,9
Übrige Passiva	92,1	1,0	71,1	0,8
Gesamt	9.634,3	100,0	9.148,4	100,0

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen aus und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen, zusammengeführt.

Die für das Versicherungsgeschäft wesentliche Investitionstätigkeit findet im Rahmen der Kapitalanlagen statt. Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

Investitionszweck im Hinblick auf die freien Mittel der Bayerischen Beamtenkrankenkasse ist eine optimierte Kapitalanlage. Entsprechend dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht sind sämtliche Vermögenswerte dabei so anzulegen, dass Sicherheit, Rentabilität und Liquidität des Portfolios als Ganzes sichergestellt sind.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 1,15 (1,22) Mrd. Euro. Damit lag die Neuanlagequote bei 12,8 (14,5) Prozent des Kapitalanlagenbestands.

Den versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 9.320,5 Mio. Euro stehen Kapitalanlagen in Höhe von 9.480,2 Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 221,7 Mio. Euro gegenüber. Derzeit besteht kein Bedarf an Finanzierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen tragen mit 19,7 (14,9) Mio. Euro einen Anteil an den übrigen Passiva. Der Anstieg der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist im Wesentlichen begründet durch den Effekt aus dem Rückgang des Rechnungszinses um 0,66 Prozentpunkte von 4,55 Prozent zum 31. Dezember 2014 auf 3,89 Prozent zum 31. Dezember

2015. Zudem bedingt der Rückgang der für die aktuariellen Berechnungen angewandten Fluktuationsrate im Vergleich zum Vorjahr eine Rückstellungserhöhung. Die für die Belegschaft angewandte Kündigungsrate ging im Schnitt um 0,7 Prozentpunkte auf 1,81 Prozent für Männer und 1,96 Prozent für Frauen gegenüber dem Vorjahr zurück.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Eigenkapital	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	28,2	12,7	28,2	13,2
Kapitalrücklage	71,0	32,0	71,0	33,2
Gewinnrücklagen	92,4	41,7	88,5	41,4
Bilanzgewinn	30,1	13,6	26,0	12,2
Gesamt	221,7	100,0	213,7	100,0

Gesetzliche Kapitalanforderungen

Bis zum Inkrafttreten der europäischen Solvabilitätsvorschriften (Solvency II) ermittelt die Bayerische Beamtenkrankenkasse ihren Eigenmittelbedarf nach den Vorschriften zur sogenannten bereinigten Einzelsolvabilität. Die Einzelsolvabilität lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 159 Prozent über den gesetzlichen Anforderungen.

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr um 5,4 Prozent auf 9,5 (9,0) Mrd. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 1,15 (1,22) Mrd. Euro und Abgängen in Höhe von 0,66 (0,66) Mrd. Euro.

Der Investitionsschwerpunkt lag bei den Zinsträgern. Bei der Anlage in Investmentanteile von 956,0 Mio. Euro wurden indirekt rund 91 Prozent in Unternehmensanleihen und rund 7 Prozent in Aktien investiert. Zudem wurden 142,3 Mio. Euro in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen angelegt.

Bei den Abgängen handelt es sich weitgehend um fällige Wertpapiere.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97,2	1,0	99,3	1,1
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	68,2	0,7	28,0	0,3
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.575,2	37,8	2.672,0	29,7
Festverzinsliche Wertpapiere	305,0	3,2	306,3	3,4
Sonstige Ausleihungen, insbesondere Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	5.366,6	56,6	5.824,7	64,7
Einlagen bei Kreditinstituten	68,0	0,7	68,0	0,8
Gesamt	9.480,2	100,0	8.998,3	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 1.310,8 (1.606,5) Mio. Euro und lagen bei 13,9 (17,9) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen. Der Rückgang der Bewertungsreserven resultiert aus einem moderaten Zinsanstieg im Vergleich zum Vorjahresende sowie aus dem natürlichen Abbau der Reserven zum Laufzeitende der Papiere hin (Pull-to-par-Effekt).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	8,4	0,1	8,3	0,1
Deckungsrückstellung	8.510,4	91,3	8.013,8	90,4
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	293,4	3,1	295,8	3,3
Rückstellung für erfolgsabhängige und -unabhängige Beitragsrückerstattung	508,3	5,5	545,7	6,2
Gesamt	9.320,5	100,0	8.863,6	100,0

Die Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2015 ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Deckungsrückstellung zurückzuführen.

In der Zuführung zur Deckungsrückstellung sind die Einmalbeiträge, die im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet werden enthalten, sowie die Zuführung nach § 12a Abs. 2 VAG, die abhängig von der Nettoverzinsung ist. Ebenso wirkt sich der Sparanteil und die rechnermäßigen Zinsen auf die Zuführung zur Deckungsrückstellung aus.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird durch die Entnahmen für Kappungen im Rahmen der Beitragsanpassungen und für die Beitragsrückerstattung für leistungsfreie Kunden stark beeinflusst. Ebenso beeinflussen die Zuführungen nach § 12a Abs. 3 VAG in Abhängigkeit der Nettoverzinsung die RfB.

Die Zuführung zur Deckungsrückstellung belief sich im Jahr 2015 auf 496,5 (420,7) Mio. Euro. Infolge der Beitragsanpassungen, insbesondere in der Pflegepflichtversicherung fielen die Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB), die der Deckungsrückstellung zugeführt werden, vergleichsweise hoch aus.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

Das Unternehmen verfügt aufgrund seiner stabilen Eigenmittelausstattung über eine gute Risikotragfähigkeit. Die vorhandenen Eigenmittel überstiegen die gesetzlich vorgeschriebenen Solvabilitätsanforderungen deutlich.

Eine detaillierte Finanzplanung gewährleistet, dass die Bayerische Beamtenkrankenkasse ihren Verpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Die wirtschaftliche Lage der Bayerischen Beamtenkrankenkasse stellt sich positiv dar.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2015 wurde vom Vorstand am 2. März 2016 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung hat mit Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z. B. Anwendungsentwicklung, Controlling, Rechnungswesen, Vermögensanlage und -verwaltung, Interne Revision, Unternehmensrecht, Vertriebsunterstützungsaufgaben sowie weitere allgemeine Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern übernommen.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung wahrgenommen.

Aufgrund der Vereinbarung mit der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts stellt diese dem Unternehmen gegen Übernahme der laufenden Aufwendungen Beamte zur Verfügung.

Der Bereich Vertriebsunterstützung/Technik wurde von der Bayerischen Beamtenkrankenkasse, Union Krankenversicherung und Union Reiseversicherung auf die Consal Beteiligungsgesellschaft übertragen.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit innerhalb der Unternehmen der Consal-Gruppe haben sich die Bayerische Beamtenkrankenkasse, die Union Krankenversicherung und die Union Reiseversicherung gegenseitig Aufgaben übertragen.

Personal- und Sozialbericht¹

Im Jahr 2015 wurde ein besonderer Fokus auf die Steigerung der Kundenzufriedenheit gelegt. Dieses Unternehmensziel ist auf allen Ebenen, vom Vorstand über die Führungskräfte bis zu den Mitarbeitern, gleichermaßen für die variablen Vergütungsbestandteile relevant.

Für den Konzern VKB waren im Jahr 2015 durchschnittlich 6.670 (6.808) Mitarbeiter² tätig; davon 4.037 (4.264) Vollzeitangestellte, 1.455 (1.414) Teilzeitangestellte, 836 (771) angestellte Außendienstmitarbeiter und 342 (359) Auszubildende.

Während sich die Anzahl der Vollzeitstellen im Innendienst gegenüber dem Vorjahr um 227 reduzierte, erhöhte sich die der Teilzeitstellen um 41. Die Konzerngesellschaft GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH wurde zum 31. Dezember 2014 aufgelöst. Ein Teil der Mitarbeiter wurde von der neu gegründeten Gesellschaft VKBit Betrieb GmbH übernommen.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse beschäftigte im Geschäftsjahr 2015 durchschnittlich 773 (755) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Zur erfolgreichen und zielorientierten Weiterbildung der Mitarbeiter werden Personalentwicklungsmaßnahmen grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet. Das schlüssige Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich zusammen aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung und Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb. Es

wird von Führungskräften und Mitarbeitern intensiv genutzt. Im Jahr 2015 besuchten konzernweit 3.893 Teilnehmer 881 Veranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen der Sparkassengruppe wurde hier erfolgreich intensiviert, um Teilnehmern von Bildungsveranstaltungen auch die Angebote der Kooperationspartner zu erschließen. Damit führt der Konzern VKB die Kooperation im Verbund auch auf personalwirtschaftlicher Ebene fort. Um den wesentlichen Konsequenzen der demografischen Entwicklung entgegen zu wirken, identifiziert der Konzern VKB Personen mit erfolgskritischem Know-how anhand eines strukturierten Prozesses und leitet gegebenenfalls einen Know-how Transfer zu weiteren Mitarbeitern ein.

Das Unternehmen bietet eine variable Arbeitszeitgestaltung. Sie berücksichtigt mit verschiedenen Modellen die Interessen der Mitarbeiter. Neben den Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für Eltern werden in ausgewählten Bereichen auch Heimarbeitsplätze eingerichtet. Außerdem stehen Kindergartenplätze zur Verfügung, damit Eltern Beruf und Familie möglichst gut vereinbaren können.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2015. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns VKB. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Chancen- und Risikobericht

Chancen durch Unternehmenspolitik

Chancen durch Vertriebspräsenz

Ihr Multikanalvertrieb bietet für die Bayerische Beamtenkrankenkasse ein hohes Potenzial für ein fortgesetztes, ertragreiches Wachstum und verleiht dem Unternehmen Stabilität und eine gute Marktpositionierung. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, mit den selbstständigen Agenturen, Maklern, Versicherungsdiensten sowie dem Online-Vertrieb und den Kooperationen mit gesetzlichen Krankenversicherungen bieten die Basis, Marktpotenziale zu nutzen.

Langfristige, exklusive Kooperationsverträge mit den Partnern sichern den Vertrieb der Versicherungsprodukte. Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Partner innerhalb deren Marktauftritt. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse stellt eine maßgeschneiderte Vertriebsunterstützung, individuelles Training und exklusive Betreuung der Vertriebsmitarbeiter sicher.

¹ Anmerkung: Dies ist eine verkürzte Fassung des ausführlichen Personal- und Sozialberichts, der dem Geschäftsbericht des Konzerns VKB entnommen werden kann.

² Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen.

Chancen durch Produkte

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse arbeitet kontinuierlich an der Optimierung ihres ertragreichen Produktportfolios. Dabei werden eine ziel- und risikoorientierte Annahmepolitik, die aktuellen Markterfordernisse sowie die Bedürfnisse der Kunden und Vertriebspartner berücksichtigt.

In der Krankheitskostenvollversicherung setzt die Bayerische Beamtenkrankenkasse auf Qualität und sieht sich für die Zukunft damit gut gerüstet. Die Produktpalette ist auf den Qualitätsverkauf abgestimmt. Dabei handelt es sich um modular aufgebaute hochwertige Produkte, die entsprechend den jeweiligen Kundenbedürfnissen kombiniert werden können. Die Kunden profitieren im Basis-, Comfort- oder Premiumschutz von den umfassenden Leistungen.

Für Beamte bietet die Bayerische Beamtenkrankenkasse passgenaue Tarife zur Beihilfe an.

Die Beihilfeablöseversicherung ist eine Versicherung für beihilfeverpflichtete Arbeitgeber (z. B. Städte und Kommunen). Sie übernimmt die vereinbarten Beihilfezahlungen im Krankheitsfall des Arbeitnehmers. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse bietet hier als Marktführer maßgeschneiderte Produkte an.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse nutzt ihre Chancen durch eine bedarfsgerechte Produktpalette in der Krankheitskostenzusatzversicherung, mit der gesetzlich Versicherte ihren Gesundheitsschutz für die Bereiche Ambulant, Zahn, Sehhilfen, Arbeitsunfähigkeit, Krankenhaus- oder Auslandsaufenthalt ergänzen können.

Darüber hinaus können sich privat sowie gesetzlich Versicherte mit der Pfl egetagegeld-Linie für den Fall einer Pflegebedürftigkeit in allen Pflegestufen finanziell absichern. Im Bereich der staatlich geförderten Pflegeversicherung nimmt das Unternehmen eine führende Marktstellung ein.

Zum 1. Januar 2017 erfolgt die Umsetzung der zweiten Stufe der Pflegereform. Hierbei handelt es sich um eine Anpassung aller Pflegepflicht- und -zusatzversicherungen durch die Ablösung der drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade unter stärkerer Berücksichtigung kognitiver Einschränkungen. Damit rückt dieses Marktsegment nochmals stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung, so dass die Bayerische Beamtenkrankenkasse hier ein großes Potenzial sieht.

Bei vielen Unternehmen wird der zunehmende Fachkräftemangel zum Wettbewerb um gute Mitarbeiter führen. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse bietet hier den Unternehmen im Bereich der Firmenversicherung Unterstützung an. So macht zum Beispiel eine betriebliche Krankenversicherung das Unternehmen attraktiver für Fachkräfte. Sie

bietet sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer viele Vorteile. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse sieht daher große Chancen, das Geschäftsfeld weiter ausbauen zu können.

Chancen durch Engagements und Kooperationen

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse erreicht durch zukunftssträchtige Engagements und Kooperationen im Gesundheitswesen nachhaltige Wettbewerbsvorteile.

Der medizinische Beirat berät das Unternehmen mit dem Ziel, Entwicklungen im Gesundheitswesen rechtzeitig zu erkennen und umzusetzen, so dass die Kunden schnellstmöglich von sinnvollen neuen Behandlungsmethoden profitieren.

Vollversicherte Kunden haben die Möglichkeit, sich kostenlos ärztliche Ratschläge rund um die Uhr durch die medizinische Hotline MediTALK geben zu lassen. Im Rahmen des Case Managements stellt die Bayerische Beamtenkrankenkasse sicher, dass schwer erkrankte Kunden – beispielsweise nach einem Schlaganfall – eine koordinierte sektorenübergreifende medizinische Betreuung über den gesamten Behandlungsablauf erhalten.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse gewährleistet, dass bei ihren Kunden sinnvolle medizinische Innovationen, wie zum Beispiel modernste Laserverfahren bei Augenoperationen oder den Genexpressionstest Oncotype DX®, der bei Brustkrebskrankungen eine von Experten anerkannte sinnvolle Hilfe bei der Therapieentscheidung bietet, frühzeitig in die Behandlung integriert werden.

Chancen durch externe Rahmenbedingungen

Chancen durch fortschreitende Digitalisierung

Der digitale Wandel hat das Verhalten von Kunden stark verändert. Soziale Netzwerke und die immer stärkere Nutzung des Internets, auch für die Interaktion mit den Versicherungsunternehmen, stellen eine große Herausforderung für etablierte Serviceversicherer dar. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse begreift dies als Chance und setzt die digitale Strategie aktuell in einem konzernweiten Digitalisierungsprojekt um.

Mit der RundumGesund-App wurde der Einstieg in eine papierlose Abrechnung in der privaten Krankenversicherung geschaffen, der Kunde reicht mit dem Smartphone seine Belege ein und stößt so die Bearbeitung der Abrechnung an.

Mit dem neuen Online-Kundenbereich wird der Kunde zukünftig seine Versicherungsverträge online verwalten und mit einem elektronischen Postfach seine Korrespondenz papierlos abwickeln können.

Die bestehende Integration in die Internetauftritte der Sparkassen mit Tarifrechtern und Produktinformationen wird weiter vertieft. Perspektivisch wird eine Integration in das Online-Banking der Sparkassen angestrebt, so dass der Kunde seine Versicherungsangelegenheiten auch aus dem Online-Banking heraus starten kann.

Die Versicherungskammer Bayern wurde für ihren Internetauftritt als Top-Website 2015 ausgezeichnet. Von der Süddeutschen Zeitung und Google wurde die Versicherungskammer Bayern mit dem Innovationspreis „Digitaler Vordenker der Versicherungswirtschaft“ geehrt. Ausgezeichnet wurde der Konzern für das Pilotprojekt Inputmanagement Plus, das sich mit innovativen Methoden zur Textanalyse beschäftigt, um Kundenanschriften besser zu verstehen.

Chancen durch Mitarbeiter

Durch den demografischen Wandel stehen mittel- bzw. langfristig weniger Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, qualifizierte Arbeits- und Nachwuchskräfte langfristig an den Konzern zu binden. Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich Führungskräfte und Mitarbeiter mit verschiedenen Fragen zur Diversity im Konzern VKB. Eng damit verbunden sind Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt mit der Team- und Personalentwicklung. Gleichzeitig schärft Diversity das Kundenverständnis der Mitarbeiter und Führungskräfte. Diese Kultur versteht der Konzern als permanenten Prozess für nachhaltigen Erfolg.

Der Konzern schafft Rahmenbedingungen für unterschiedliche Lebensentwürfe, Einstellungen und Persönlichkeiten, um sich verändernde Mitarbeiterbedürfnisse zu berücksichtigen. Ein Gewicht liegt dabei auf Maßnahmen zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie und betrieblichem Gesundheitsmanagement.

Unsere Führungskultur fördert die vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und Kompetenzen der Mitarbeiter. Ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld bildet dabei die Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit. Ebenso leistet die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Talente einen nachhaltigen Wertbeitrag zum Unternehmenserfolg.

So ist der Konzern gut positioniert auch unter veränderten Rahmenbedingungen weiterhin als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen sieht seine Chancen in erster Linie im weiteren Ausbau seiner führenden Wettbewerbsposition durch die bedarfsgerechte Produktpalette sowie seiner hervorragenden Service- und Vertriebspräsenz.

Das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen ist integraler Bestandteil des Managements. Elementar für eine effiziente Unternehmens- und Konzernsteuerung ist eine klare und transparente Strategie, die auf die langfristige Sicherung der Unternehmensexistenz abzielt und deren entsprechende Umsetzung. Die Veränderungen der Rahmenbedingungen werden laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und flexibel darauf reagieren zu können.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen gewährleistet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß § 64a VAG gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) sowie den zukünftigen Anforderungen nach Solvency II.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag ermöglicht eine nachhaltige Wertschöpfung.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten, sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt. Die Risikostrategie des Unternehmens leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzern VKB ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragsituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern VKB wurden darüber hinaus Gremien (z. B. Risikoausschuss) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung bzw. Entscheidungsvorbereitung, gewährleisten die Förderung der Risikokultur und die Umsetzung konzernweiter Standards.

Gleichzeitig führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens auswirken können.

Das Unternehmen hat die identifizierten Einzelrisiken aus den unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern gemäß den aufsichtsrechtlich konformen Risikokategorien definiert. Die identifizierten Risiken unterliegen nach Minderungstechniken (bspw. Rückversicherung) einer Nettobetrachtung.

Um dem steigenden Anspruch der internen und externen Anforderungen an das betriebliche Risikomanagement gerecht zu werden, wird das Risikomanagementsystem des Konzerns VKB und seiner Versicherungsunternehmen stetig weiterentwickelt.

Leistungs-, finanzwirtschaftliche und allgemeine Unternehmensrisiken

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch versicherungstechnische Risiken und Kapitalanlage- risiken dominiert. Die versicherungstechnischen Risiken (Schaden-, Storno-, Kosten- und biometrisches Risiko) werden durch den Verantwortlichen Aktuar überwacht. Die Kapitalanlagerisiken werden durch ausgewählte Spezialisten im Kapitalanlagenmanagement überwacht und adäquat gesteuert. Das zu den Kapitalanlagerisiken gehö- rende Zinsrisiko wird gemeinsam durch das Aktuariat und Kapitalanlagencontrolling überwacht.

Der Vorstand setzt sich regelmäßig sowie bei Bedarf mit den wesentlichen Risiken des Unternehmens auseinander. Er wird unterstützt durch das Zentrale Risikomanagement.

Versicherungstechnische Risiken aus der Krankenversicherung

Krankenversicherungsverträge werden auf der Basis von fest vereinbarten Leistungszusagen im Krankheitsfall kal- kuliert. In die Kalkulation fließen dazu verschiedene Grö- ßen ein, wie Annahmen über künftige Schadenentwicklungen, die Lebenserwartung, die durchschnittlich erwartete Vertragsdauer, den Rechnungszins und die erforderlichen Betriebskosten.

Schadenrisiko: Das Schadenrisiko beinhaltet die Gefahr, dass, bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, der tat- sächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom kal- kulierten Aufwand abweicht.

Das Schadenrisiko wird aufgrund gesetzlicher Vorgaben jedes Jahr überprüft. Dabei werden pro Tarif die erforderlichen mit den tatsächlichen Schadenaufwendungen vergli- chen und bei Bedarf alle Rechnungsgrundlagen des Tarifs angepasst (Beitragsanpassungsklausel).

Biometrisches Risiko: Das Risiko besteht darin, dass die tatsächliche Sterblichkeit (deutlich) unter der kalkulier- ten Sterblichkeit liegt und damit die Vererbung nicht im er- warteten Umfang eintritt. Die der Tarifkalkulation zugrunde liegende Annahme über die künftig erwartete Sterblichkeit wird jährlich anhand der durch die BaFin veröffentlichten

Sterbetafeln überprüft. Sie müssen bei anstehenden Bei- tragsanpassungen auch im Bestand verwendet werden.

Kostenrisiko: Das Kostenrisiko spiegelt die negative Ab- weichung der tatsächlichen von den einkalkulierten Kosten wieder. Durch Analysen der Verwaltungs- und Abschluss- kosten mithilfe der Gewinnzerlegung und Steuerung der Kostenentwicklung werden Ursachen für Veränderungen und deren Trends überwacht. Bei Bedarf wird daraus eine entsprechende Gegensteuerung abgeleitet.

Stornorisiko: Das Risiko besteht darin, dass die tat- sächlichen Storni (deutlich) unter den kalkulierten liegen. Die angesetzten Stornowahrscheinlichkeiten basieren auf eigenen Erfahrungswerten. Sie sind mit ausreichenden Sicherheiten versehen, um bei deutlichem und nachhalti- gem Rückgang der Stornierungen (vorübergehende) Ver- luste zu vermeiden. Außerdem werden bei jeder mögli- chen Beitragsanpassung die Werte auch für den Bestand aktualisiert.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Risiken aus Kapitalanlagen betreffen im Wesentlichen Marktrisiken und Bonitäts- bzw. Spreadrisiken. Diese wer- den nachfolgend beschrieben.

Marktrisiko: Das Marktrisiko beschreibt die Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) sowie über die zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus. Es leitet sich daher direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Markt- preise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Fi- nanzinstrumente ab. Diese können zu Wertberichtigungs- bedarf oder zu realisierten Verlusten bei der Veräußerung von Finanzinstrumenten führen.

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedge Fonds, Aktienfonds).

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Markt- wertrückganges für Immobilien.

Das Marktrisiko schließt das Risiko aus einer Veränderung des Zinssatzes ein.

Das Währungs- bzw. Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwerts oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstru- ments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Im Direktbestand des Unternehmens befinden sich nur wenige währungssensitive monetäre Finanzinstrumente.

Werden zur Absicherung des Währungsrisikos in Fremdwährung getätigte Investitionen an geschlossenen und offenen Immobilienfonds mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Macro Hedges bilanziell nachvollzogen. In solchen Fällen wird nahezu der komplette Buchwert in Fremdwährung der Investition abgesichert.

Das Unternehmen überprüft täglich sein Risikoexposure bei allen Positionen, die Marktschwankungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden Standard- und Extremfallszenarien berechnet. Bei einer Verschärfung der Risikosituation wird durch ein Limitsystem ein definierter Eskalationsprozess eingeleitet.

Investitionen werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Unternehmens und der Risiko- und Ertragsrelationen der einzelnen Kapitalanlagenklassen getätigt. Dabei sind die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung der Kapitalanlage gemäß § 54 VAG erfüllt.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Aktien-, Immobilien- und Rentenmärkten. Zusätzlich werden durch ein tägliches Berichtswesen die Auswirkungen der Schwankungen auf das Kapitalanlagenergebnis laufend kontrolliert und analysiert.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 112,4 Mio. Euro führen. Der entstehende Wertverlust könnte durch stille Reserven aufgefangen werden.

Unterstellt man im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozent-

punkt nach oben, würde dies zu einer Verminderung des Zeitwerts um 670,9 Mio. Euro führen. Durch die Verschiebung der Zinskurve ergäbe sich keine ergebniswirksame Konsequenz.

Derivative Finanzinstrumente und strukturierte Papiere sind im Anlageportfolio nur in geringem Maße vorhanden. Investitionen zur Absicherung und Ertragssicherung werden insbesondere im Bereich Zinsderivate bzw. einfach strukturierter Produkte getätigt. Um die Kurse des Aktienbestands zu sichern, werden Optionen und Futures eingesetzt. Die Corporate-Bond-Bestände können bei Bedarf in den Fonds über Credit-Default-Swaps (CDS) abgesichert werden.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Stresstests hat das Unternehmen zum 31. Dezember 2015 bestanden.

Bonitäts- bzw. Spreadrisiko: Das Bonitäts- bzw. Spreadrisiko ergibt sich aufgrund eines Ausfalls oder aus einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung der Bonität (Credit Spread inkl. Länderrisiken) von Wertpapieremittenten. Es setzt sich somit aus dem Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus dem Kapitalanlagegeschäft zusammen. Bestimmende Faktoren sind insbesondere die Insolvenzwahrscheinlichkeit, die Veränderung der Ratingeinstufung sowie die verschiedenen Bewertungsabschläge je Ratingkategorie.

Im Unternehmen werden Kontrahentenrisiken durch ein Limitsystem begrenzt. Die Kreditqualität des Bestands festverzinslicher Wertpapiere zeigt sich daran, dass zum 31. Dezember 2015 94,8 Prozent der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren mit einem Rating im Investment-grade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Ratingklassen (Buchwert) stellt sich im Unternehmen wie folgt dar:

	Zinsträger				Davon Bonitätsranking					
	Buch-	Quote	AAA	AA	A	BBB	BB	B	CCC	Ohne
	werte Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Rating Mio. €
Öffentlicher Sektor	3.513,8	40,6	2.252,3	1.130,9	22,6	78,9	15,8	13,2	-	-
Kreditinstitute	2.727,4	31,5	1.272,0	709,0	503,0	224,4	11,5	0,1	7,5	-
▪ davon gedeckt	1.965,1	22,7	1.205,1	560,3	123,5	70,5	5,7	-	-	-
▪ davon ungedeckt	762,2	8,8	66,9	148,7	379,5	153,9	5,8	0,1	7,5	-
Hybrid/Nachrang	98,7	1,1	-	14,4	-	52,5	24,9	-	6,9	-
Sonstige	2.317,3	26,8	203,8	147,1	566,1	1.028,1	201,9	148,4	0,1	21,9
Gesamt	8.657,2	100,0	3.728,0	2.001,3	1.091,7	1.383,9	254,1	161,7	14,5	21,9

Die konservative Anlagestrategie des Konzerns VKB zeigt sich auch im geringen Investitionsvolumen in Staatsanleihen der als kritisch eingestuften PIIGS-Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien (rund 0,2 Prozent der konzernweiten Kapitalanlagen nach Zeitwert). Aufgrund der vorhandenen hohen stillen Reserven auf den Gesamtkapitalanlagenbestand wäre im Konzern VKB sogar ein Gesamtausfall dieser Anlagen verkraftbar.

Das Bonitätsrisiko wird im Direktbestand durch strenge Vergabemodalitäten minimiert. Werden innerhalb von Investmentanteilen Bonitätsrisiken eingegangen, so werden diese ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte laufend überwacht.

Zinsrisiko Kranken: Unter dem Zinsrisiko versteht man die Gefahr, dass die erzielten Kapitalanlagenerträge nicht ausreichen, um die notwendige, rechnungsmäßige Verzinsung der Deckungsrückstellung zu erbringen.

Der Rechnungszins ist ein zentrales Element der Rechnungsgrundlagen in der privaten Krankenversicherung und besonders für die Prämienberechnung und die Kalkulation der Alterungsrückstellungen von Bedeutung.

Einmal jährlich muss jeder Krankversicherer mittels des sogenannten AUZ-Verfahrens zur Bestimmung des aktuariellen Unternehmenszins nachweisen, dass der verwendete Rechnungszins angemessen ist. Das AUZ-Verfahren hat zum wesentlichen Inhalt die unternehmensindividuelle Prognose einer Renditeuntergrenze aus aktuarieller Sicht auf der Grundlage zukunftsorientierter Parameter. Ergibt diese Berechnung, dass der in einem Tarif einkalkulierte Rechnungszins zukünftig nicht erwirtschaftet werden kann, so muss er im Rahmen der nächsten Beitragsanpassung entsprechend reduziert werden.

Um die für die Wahrung der Solvabilität notwendigen Sicherungsmittel jederzeit zu gewährleisten, hat das Unternehmen umfangreiche Asset-Liability-Management – (ALM) und Risikomanagement-Prozesse implementiert. Dabei werden die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus auf die HGB- und die Solvency II-Bilanz mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen geprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen aber auch der Verbindlichkeiten abzuleiten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Diese Risiken bezeichnen die Forderungsausfallrisiken gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern, Versicherungspartnern und Rückversicherern. Der Ausfall bzw. die Veränderung der Bonität oder Bewertung der Bonität von Wertpapieremittenten (Credit Spread) findet im Spread- bzw. Bonitätsrisiko Berücksichtigung.

Die fälligen wertberichtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 14,3 Mio. Euro. Die wertberichtigten Forderungen, welche älter als 90 Tage sind, betragen 9,3 Mio. Euro.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden und Vermittler wurden zur Risikovorsorge um eine ausreichende Pauschalwertberichtigung vermindert.

Durchschnittlich wurden in den vergangenen drei Jahren 85,4 Prozent der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen pauschal wertberichtigt. Diese Ausfallquote ergibt sich im Wesentlichen aus Außenständen gegenüber Versicherungsnehmern, die zum Bilanzstichtag im Notlagentarif versichert sind und deren Vollversicherungsverträge nicht gekündigt werden können.

Bei Krankenversicherungsunternehmen ist bei Beitragsausfall aufgrund der Pflicht zur Versicherung in der Vollversicherung keine Kündigung seitens des Versicherers zulässig. Ungeachtet dessen unterliegt der Versicherer einer Leistungspflicht. Dem Risiko wird mit geeigneten Bonitätsprüfungen bei der Annahme bzw. im Bestand mit geeigneten Maßnahmen im Mahnverfahren begegnet. Das Risiko wird durch den beitragsreduzierten Notlagentarif verringert.

Darüber hinaus besteht gegenüber Rückversicherungspartnern ein Forderungsausfallrisiko, welches das Unternehmen laufend überwacht.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Cashflows aus dem Kapitalanlagerebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Planung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Cash-Flows, die entsprechenden Zahlungsströme und die notwendige Liquidität ermittelt.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der

hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass die Verbindlichkeiten gegenüber allen Versicherungsnehmern jederzeit erfüllt werden können.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko entsteht dadurch, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Sie können sowohl durch stark korrelierte Geschäftsfeldaktivitäten als auch durch das Eingehen von hohen Einzelrisiken entstehen. Im Rahmen der Kapitalanlage werden Konzentrationsrisiken insbesondere durch einen hohen Diversifizierungsgrad innerhalb des Anlageportfolios beschränkt. Derzeit sind keine unbeherrschbaren Risikokonzentrationen erkennbar.

Im versicherungstechnischen Geschäft der Krankenversicherung können Konzentrationsrisiken beispielsweise aus auftretenden Pandemien resultieren. Diese Art des Konzentrationsrisikos wird durch eine geeignete Risikostreuung begrenzt.

Darüber hinaus wird durch regelmäßige Überwachung und Analyse des Versicherungsbestands auf Basis spezifischer Kenngrößen und Schwellenwerte versucht, die Entstehung von Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des „Operational Risk Insurance Consortium (ORIC)“.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes internes Kontrollsystem vermindern solche Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich minimiert.

Im Bereich der Datenverarbeitung setzt das Unternehmen auch externe IT-Dienstleister ein. Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete

Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsprozesse und -funktionen auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllen können.

Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen gesetzlicher oder vertraglicher Rahmenbedingungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherungsunternehmens haben können. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Eine breite Palette von laufenden strategischen Maßnahmen wie das Beteiligungsmanagement und Marktbeobachtungen kommen im Unternehmen zum Einsatz, um strategische Risiken zu identifizieren und konsequent zu managen.

Darüber hinaus überprüft das Unternehmen jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Eines der größten strategischen Risiken für die private Krankenversicherung stellt weiterhin die Einführung einer Bürgerversicherung und der damit verbundene Wegfall der privaten Krankheitskostenvollversicherung dar. Die Krankenversicherungsunternehmen des Konzerns VKB setzen sich gemeinsam mit dem PKV-Verband aktiv für den Erhalt der privaten Krankheitskostenvollversicherung ein. Die ak-

tuelle Koalitionsvereinbarung sieht den Erhalt des dualen Systems vor. Es verbleibt das längerfristige Risiko des Umbaus bzw. des Wegfalls der substitutiven Krankheitskostenvollversicherung. Im Rahmen von Stress-Szenarien wurden mögliche Auswirkungen auf das Unternehmen analysiert und ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Dieser berücksichtigt unter anderem die strategische Positionierung sowie den Ausbau der Kerngeschäftsfelder Zusatz-, Pflegezusatz- und Firmenversicherung.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inklusive Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Zentralen Risikomanagement und der verantwortlichen Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder soziale Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt unter anderem dazu bei, durch Rechtsverstöße potenziell auftretende Reputationsrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern VKB der Einhaltung des GDV-Kodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für den Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken rechtzeitig zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern. Die Solvabilitätsquote lag im Geschäftsjahr über der aufsichtsrechtlichen Mindestsolvabilitätsanforderung.

Tritt eines der vorgenannten Risiken über die getroffenen Risikominderungsmaßnahmen hinaus ein, kann dies nach der Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen zu einer ergebniswirksamen Belastung für das Unternehmen führen.

Aus heutiger Sicht liegen keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Im Geschäftsjahr konnte die Qualität des Risikomanagements innerhalb des Unternehmens erneut nachhaltig gesteigert werden. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage angemessen vorbereitet.

Des Weiteren wurden umfangreiche Konzepte, Prozesse und Strukturen zur Erfüllung zukünftiger aufsichtsrechtlicher Anforderungen an das Risikoberichtswesen erstellt und etabliert. Gleichzeitig wurde die Risikostrategie entsprechend weiterentwickelt. Auch die Risikosteuerung konnte weiter verbessert werden. Diese erfolgt mittels operativer Limitsysteme in allen Geschäftsfeldern von der Kapitalanlage über die Sparten bis zur Rückversicherung. Wesentliche Bestandteile sind dabei das Ad-hoc-Meldewesen und das Eskalationsverfahren zur Sicherstellung von Handlungsoptionen.

Die rechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen werden derzeit deutlich verändert. Das Unternehmen hat sich intensiv auf die Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II vorbereitet und die notwendigen Strukturen und Prozesse im Unternehmen etabliert.

Die Auswirkungsstudien im Vorfeld von Solvency II zeigen für das Unternehmen eine ausreichende Kapitalisierung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach Einschätzung des Sachverständigenrats der Bundesregierung wird die Konjunkturerholung im Euroraum 2016 weiter voranschreiten, ein Konjunkturaufschwung wird jedoch nicht erwartet. Für 2016 rechnen die Wirtschaftssachverständigen mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent. Dazu trägt Deutschland mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent bei, die vor allem vom privaten Konsum getragen wird. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist nach wie vor gut und wird zu einem weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit und deutlichen Lohnsteigerungen führen. Damit wird die Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt, im nächsten Jahr weiterhin günstig eingeschätzt. Geringere Wachstumsimpulse werden aus dem gewerblich-industriellen Bereich kommen. Die deutsche Versicherungswirtschaft insgesamt erwartet für das Jahr 2016 Beitragseinnahmen auf Vorjahresniveau.

Branchenentwicklung

In der privaten Kranken- und Pflegeversicherung ist die Geschäftsentwicklung maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen sowie von der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte geprägt. Derzeit sind die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Krankenversicherung stabil. Bei einer anhaltend günstigen wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte dürfte der seit einigen Jahren beobachtete Trend zu mehr privater Vorsorge anhalten. Hiervon wird insbesondere das Geschäft mit privaten Kranken- und Pflegezusatzversicherungen profitieren – als Ergänzung bzw. Verbesserung des Leistungsumfangs der gesetzlichen Krankenversicherung oder zum Schließen von Versorgungslücken im Pflegefall.

Unternehmensentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2016 geht die Gesellschaft von einem positiven Verlauf aus.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse geht im Bereich der gebuchten Bruttobeiträge von einem leichten Anstieg aus, der nur geringfügig auf einer Beitragsanpassung beruht. Vielmehr rechnet die Gesellschaft bedingt durch die positive Reallohnentwicklung und einer erhöhten Nachfrage im Bereich der Zusatzversicherungen mit einem leichten Beitragswachstum. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden sich aufgrund der Kostensteigerungen

im Gesundheitswesen ähnlich wie im Jahr 2015 entwickeln. Die PKV-Schadenquote, die durch die Veränderung der Deckungsrückstellung wesentlich beeinflusst ist, wird voraussichtlich moderat ansteigen.

Die Niedrigzinsphase wird sich auch im Jahr 2016 fortsetzen. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse ist auf diese Situation vorbereitet, wird ihre Anlagenpolitik fortführen und geht von einem nahezu unveränderten Ergebnis aus der Kapitalanlage aus. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen wird dabei wegen des steigenden Kapitalanlagebestands leicht sinken.

Der Jahresüberschuss 2016 wird leicht über dem Niveau der Vorjahre liegen.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die kommende Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und vorsichtiger Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Zukunftsprognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Im April 2015 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Durch eine daraus resultierende Änderung des Aktiengesetzes ist die Gesellschaft verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Der Aufsichtsrat legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 13,3 Prozent im Aufsichtsrat und 30,0 Prozent im Vorstand fest.

Der Vorstand legt als Zielgröße einen Frauenanteil von 18,2 Prozent in der ersten und 30,0 Prozent in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstands fest.

Die von Aufsichtsrat und Vorstand angestrebten Zielgrößen sollen bis zum 30. Juni 2017 erreicht werden.

Definitionen

Abschlusskostenquote brutto

Die Abschlusskostenquote brutto ist das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „Netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

RfB-Quote

Die RfB-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang die Unternehmen zusätzliche Mittel für Beitragsentlastungen in der Zukunft zur Verfügung haben.

Rohüberschuss

Der Rohüberschuss ist der Jahresüberschuss nach Steuern zuzüglich der Bruttoaufwendungen für erfolgsabhängige Rückstellung für Beitragsrückerstattung und zuzüglich der im Geschäftsjahr gewährten Direktgutschriften.

Schadenquote

Das Verhältnis des Schadenaufwandes zu den verdienten Bruttobeiträgen ergibt die Schadenquote.

Selbstbehaltquote

Die Selbstbehaltquote ist das Verhältnis der gebuchten Nettobeiträge zu den gebuchten Bruttobeiträgen.

Überschussverwendungsquote

Die Überschussverwendungsquote errechnet sich aus dem Verhältnis des verwendeten Überschusses zum Rohergebnis nach Steuern.

Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote

Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote errechnet sich aus dem Verhältnis des versicherungsgeschäftlichen Ergebnisses zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie gibt an, wie viel von den Jahresbeitragseinnahmen nach Abzug der Aufwendungen übrig bleibt.

Verwaltungskostenquote brutto

Die Verwaltungskostenquote brutto ist das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Einzel-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Einzel-Krankentagegeldversicherung

Krankentagegeldversicherung

Selbstständige Einzel-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Einzel-Teilversicherung

Versicherung für eine Zusatzleistung im Todesfall

Sonstige Teilversicherung

Gruppen-Krankenversicherung

(nach Einzel- und Sondertarifen)

Gruppen-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Gruppen-Krankentagegeldversicherung

Gruppen-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Gruppen-Teilversicherung

Pflegepflichtversicherung

Pflegezusatzversicherung (Einzel- und Gruppen-)

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegevorsorgeversicherung

Übrige und nicht aufgliederte Krankenversicherung

Auslandsreise-Krankenversicherung

Beihilfeablöseversicherung

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.059.086	1.352.395
B. Kapitalanlagen		
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97.194.233	99.261.487
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	35.330.129	2.951.124
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.000.000	–
3. Beteiligungen	27.866.107	25.087.725
	68.196.236	28.038.849
III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.575.248.069	2.671.938.372
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	304.996.688	306.328.427
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	2.683.490.715	2.856.993.510
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.589.395.398	2.858.382.357
c) übrige Ausleihungen	93.711.445	109.340.177
	5.366.597.558	5.824.716.044
4. Einlagen bei Kreditinstituten	68.000.000	68.000.000
	9.314.842.315	8.870.982.843
	9.480.232.784	8.998.283.179
C. Forderungen		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsnehmer	12.620.789	11.442.212
2. Versicherungsvermittler	1.713.744	1.096.097
davon: an verbundene Unternehmen: 74.522 (62.461) €	14.334.533	12.538.309
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	–	11.197
III. Sonstige Forderungen	6.247.526	7.493.671
davon: an verbundene Unternehmen: 2.880.990 (4.798.256) €	20.582.059	20.043.177
D. Sonstige Vermögensgegenstände		
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	14.828.205	5.214.348
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	117.250.083	123.344.746
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	343.121	148.044
	117.593.204	123.492.790
Summe der Aktiva	9.634.295.338	9.148.385.889

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

München, 27. Januar 2016

Der Treuhänder
Pöschl

Passivseite in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
A. Eigenkapital		
I. Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	66.482.000	66.482.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	38.346.891	38.346.891
	28.135.109	28.135.109
II. Kapitalrücklage	70.978.175	70.978.175
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	6.648.200	6.648.200
2. andere Gewinnrücklagen	85.882.161	81.878.161
	92.530.361	88.526.361
IV. Bilanzgewinn	30.082.000	26.000.000
	221.725.645	213.639.645
B. Versicherungstechnische Rückstellungen		
I. Beitragsüberträge		
Bruttobetrag	8.443.137	8.249.021
II. Deckungsrückstellung		
Bruttobetrag	8.510.366.166	8.013.819.761
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Bruttobetrag	293.375.639	295.816.370
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
1. erfolgsabhängige	497.987.023	490.084.625
2. erfolgsunabhängige	10.347.247	55.641.284
	508.334.270	545.725.909
	9.320.519.212	8.863.611.061
C. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	19.651.559	14.926.293
II. Steuerrückstellungen	20.685.303	10.205.616
III. Sonstige Rückstellungen	14.563.582	15.117.694
	54.900.444	40.249.603
D. Andere Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:		
1. Versicherungsnehmern	7.493.237	7.237.353
2. Versicherungsvermittlern	808.254	705.053
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 25.869 (21.628) €	8.301.491	7.942.406
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	162.877	101.459
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 93.882 (90.926) €		
III. Sonstige Verbindlichkeiten	28.680.030	22.837.363
davon: aus Steuern: 1.215.860 (1.545.736) €	37.144.398	30.881.228
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 23.348.608 (17.335.743) €		
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen: 1.970.274 (2.084.240) €		
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit: 25 (0) €		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5.639	4.352
Summe der Passiva	9.634.295.338	9.148.385.889

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

München, den 15. Januar 2016

Der verantwortliche Aktuar
Läuter-Lüttig

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung		
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.559.386.302	1.546.761.419
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	274.455	230.901
	1.559.111.847	1.546.530.518
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-194.116	-48.657
	1.558.917.731	1.546.481.861
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	130.673.728	42.088.124
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	7.415.755	3.452.769
davon: aus verbundenen Unternehmen: 419.360 (477.420) €		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.415.575	10.952.490
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	301.625.501	308.545.163
davon: aus verbundenen Unternehmen: 4.057 (-) €	307.041.076	319.497.653
c) Erträge aus Zuschreibungen	-	551.957
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	29.170.301	16.443.507
	343.627.132	339.945.886
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	2.811.189	1.728.483
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		
aa) Bruttobetrag	1.191.795.280	1.107.189.563
bb) Anteil der Rückversicherer	40.685	96.890
	1.191.754.595	1.107.092.673
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle Bruttobetrag	-3.666.932	21.122.133
	1.188.087.663	1.128.214.806
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Deckungsrückstellung Bruttobetrag	496.546.405	420.693.160
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		
a) erfolgsabhängige	115.871.047	161.776.776
b) erfolgsunabhängige	2.145.248	2.730.440
	118.016.295	164.507.216

Posten in €	Geschäftsjahr	Vorjahr
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		
a) Abschlussaufwendungen	92.449.980	91.302.622
b) Verwaltungsaufwendungen	31.762.946	31.391.693
	124.212.926	122.694.315
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		
	50.717	54.281
	124.162.209	122.640.034
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	5.979.274	4.072.425
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	11.884.765	3.562.537
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	–	10.000.000
	17.864.039	17.634.962
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	6.809.148	5.957.573
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	84.544.021	70.596.603
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	40.232.435	40.183.669
davon: Erträge aus der Währungsumrechnung: 745.938 (357.553) €		
2. Sonstige Aufwendungen	58.532.386	58.992.677
davon: Aufwendungen aus der Währungsumrechnung: 1.000.555 (269.673) €		
	–18.299.951	–18.809.008
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	66.244.070	51.787.595
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31.968.707	21.562.860
5. Sonstige Steuern	189.363	220.735
	32.158.070	21.783.595
6. Jahresüberschuss	34.086.000	30.004.000
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	–	–
b) in andere Gewinnrücklagen	4.004.000	4.004.000
	4.004.000	4.004.000
8. Bilanzgewinn	30.082.000	26.000.000

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) und des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) in der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung sowie der Satzung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit werden die Einzelposten des Jahresabschlusses grundsätzlich in vollen Euro ausgewiesen. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den anderorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** wurden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei immateriellen Vermögensgegenständen bei mangelnder Werthaltigkeit vorgenommen. Geringwertige immaterielle Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und ggf. bei dauernder Wertminderungen um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 und 4 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip).

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB grundsätzlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet und in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) angesetzt. Sind diese Kapitalanlagen dazu bestimmt, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen, erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert (gemildertes Niederstwertprinzip).

Bei Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet.

Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte bei zum Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen, Namenschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrigen Ausleihungen unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit.

Nullkuponanleihen wurden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Zuschreibungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Kapitalanlagen und Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 256a S. 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a S. 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 S. 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Sicherungsgeschäfte

Devisentermingeschäfte sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung Sicherungsgeschäfte und werden mit den gesicherten Geschäften zu Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB zusammengefasst. Zum Bilanzstichtag wurde der wirksame Teil der Bewertungseinheit entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Für den ineffektiven Teil wurde im Fall eines negativen Überhangs eine Drohverlustrückstellung in entsprechender Höhe gebildet.

Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sachanlagen wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften mit dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfallen auf das Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise – berechnet. Hinsichtlich der nicht übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Unter den **Deckungsrückstellungen** sind die Alterungsrückstellung, die Zusatzrückstellung und der gesetzliche Beitragszuschlag in der Krankenversicherung ausgewiesen. Deckungsrückstellungen wurden grundsätzlich nach versicherungstechnischen Methoden ermittelt.

In der Krankenversicherung sehen die gesetzlichen Vorgaben für die meisten Tarife für die gesamte Versicherungsdauer grundsätzlich einen konstanten Beitrag vor. Da allgemein das Krankheitsrisiko mit dem Alter zunimmt, beinhaltet die Kalkulation der Beiträge in den ersten Versicherungsjahren eine Ansparung zum Aufbau der Alterungsrückstellung, die im späteren Verlauf der Versicherung zur Finanzierung der dann erwarteten höheren Krankheitskosten aufgezehrt wird. Der Verlauf dieses Spar- und Entsparvorgangs hängt vom Geschlecht und dem individuell vereinbarten Versicherungsschutz ab und entsprach in seiner Höhe zum Bilanzstichtag der Passivposition Deckungsrückstellung.

Für vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung gilt, dass bei Ausscheiden aus der Versichertengemeinschaft durch Tod oder Stornierung die einzelvertraglich gerechnete Alterungsrückstellung auf die verbleibende Versicherungsgemeinschaft übertragen wird.

Für ab dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung werden bei Verlassen der Versichertengemeinschaft durch Stornierung Teile der Alterungsrückstellung dem Versicherten mitgegeben und beim aufnehmenden Versicherer – es besteht Versicherungspflicht – dem Vertrag gutgeschrieben.

Für die älteren Verträge bestand bei einer Kündigung vor dem 1. Juli 2009 ebenfalls eine Option zur Mitnahme von Alterungsrückstellung, die allerdings nur in geringem Umfang genutzt wurde.

Beide Ausprägungen wurden bereits bei der Beitragskalkulation über verschiedene Ausscheidewahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Bei der prospektiven Berechnung der Alterungsrückstellung haben Prämien und Rückstellung identische Rechnungsgrundlagen. Der Berechnung lagen ein Rechnungszins, Rechnungsgrundlagen, Annahmen zu Kopfschäden und weitere Größen zugrunde.

Der Rechnungszins lag tarifabhängig zwischen 3,50 und 2,43 Prozent.

Die sogenannte Ausscheideordnung enthält die Annahmen zu den alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeits- und Stornowahrscheinlichkeiten.

Die Kopfschäden sind die auf einen Tarifversicherten entfallenden durchschnittlichen tarif-, alters- und geschlechtsabhängigen Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen. Die Beiträge enthielten einen Sicherheitszuschlag von mindestens 5 Prozent. Weitere Zuschläge innerhalb der Beitragskalkulation wurden insbesondere für Abschlusskosten, Schadenregulierungsaufwendungen und Verwaltungskosten vorgenommen.

Für die Bestimmung der Rechnungsgrundlagen wurden interne und, sofern die Verwendung interner Werte nicht möglich war, externe Quellen genutzt. So wurden für die Sterbewahrscheinlichkeiten die von der BaFin veröffentlichten Werte verwendet. Den Stornowahrscheinlichkeiten lagen unternehmenseigene Untersuchungen zugrunde.

Die Beitragskalkulation und die Rückstellungsberechnung auf Basis aktualisierter Rechnungsgrundlagen erfolgten für das Neugeschäft direkt und für den Bestand nach einer Beitragsanpassung.

Kopfschäden, Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten wurden unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Risikoeinschätzung festgelegt.

Die Zuschläge für den Abschluss von Versicherungsverträgen, die Verwaltungs- und Schadenregulierungsaufwendungen wurden für neue Tarife aufgrund interner Beobachtungen der tatsächlichen Aufwendungen bestimmt.

Bei Beitragsanpassungen wurden diese Zuschläge entsprechend der Beitragsveränderung des Bestands angepasst.

Sofern andere als die von der BaFin veröffentlichten Werte für die Kopfschäden verwendet wurden, sind die ihnen zugrunde liegenden Annahmen durch geeignete Statistiken belegt.

Die Angemessenheit der Rückstellung hängt von der Sicherheit der verwendeten Berechnungsparameter ab. Da diese grundsätzlich bei Beitragsanpassungen überprüft wurden, sind keine Unterreservierungen zu erwarten.

Den steigenden Kosten im Gesundheitswesen wurde in der Krankenversicherung durch die Durchführung von Beitragsanpassungen Rechnung getragen. Diese wurden mit Zustimmung des Treuhänders durchgeführt.

Aus dem Mitversicherungsvertrag für die Pflegepflichtversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der GPV.

Die Zusatzrückstellung für Beitragsermäßigungen im Alter wurde auf der Basis der positiven Deckungsrückstellung vom 31. Dezember des Vorjahres einzeln ermittelt und zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gutgeschrieben.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, wobei die bis zum Ermittlungszeitpunkt abgewickelten Versicherungsfälle der Vorjahre und Erfahrungen aus der Vergangenheit zugrunde gelegt wurden. Soweit Unsicherheiten hinsichtlich der Höhe der zu leistenden Schadenzahlungen bestanden, wurde ein vorsichtiger Wert in Ansatz gebracht.

Forderungen aus Regressen wurden von der Rückstellung abgesetzt. Die Rabatte auf Arzneimittel wurden aufgrund des im Jahr 2011 eingeführten Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) rückstellungsmindernd berücksichtigt.

Für die Pflegeversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der GPV.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten. Sie wurde aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit anteilig aus den zurückgestellten Versicherungsleistungen ermittelt. Dieser Betrag wurde entsprechend den steuerlichen Vorschriften gekürzt.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

In der Krankenversicherung ist geregelt, dass die Versicherungsnehmer an den aus den vorsichtigen Kalkulationsgrundlagen entstehenden Überschüssen angemessen zu beteiligen sind.

Grundsätzlich erfolgte die Überschussbeteiligung über Direktgutschriften zu individuell vorhandenen Alterungsrückstellungen und als Zuführungen zur RfB.

Nach den geltenden Vorschriften wurde eine Mindestzuführung in Höhe von 80 Prozent des Rohüberschusses in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Kranken- und in der Pflegepflichtversicherung als angemessen angesehen.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung besteht in der Krankenversicherung aus der erfolgsabhängigen RfB für die nach Art der Lebensversicherung kalkulierten Tarife und der erfolgsunabhängigen RfB. Die erfolgsunabhängige RfB setzt sich im Wesentlichen aus einem Teil der Überzinsbeteiligung der Versicherungsnehmer und der poolrelevanten RfB innerhalb der Pflegepflichtversicherung zusammen. Ab 2012 erfolgte die poolrelevante Zuführung innerhalb der erfolgsabhängigen RfB, so dass dieser Teil innerhalb der erfolgsunabhängigen RfB mit seiner Verwendung abgebaut wird.

Wegen der in der Vergangenheit in Verbindung mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen aufgetretenen Problematik von stark angestiegenen Beiträgen bei älteren Versicherten wurden die Versicherer verpflichtet, zur Beitragsstabilität und zur Beitragsermäßigung im Alter gesonderte Beträge festzulegen. Diese ergaben sich aus der unternehmenseigenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen. Davon sind 90 Prozent der über den Rechnungszins hinausgehenden und auf die Deckungsrückstellung der betroffenen Verträge des Vorjahres entfallenden Kapitalerträge (Überzins) diesem Verwendungszweck zuzuführen. Die Beträge aus der Überzinsbeteiligung sowie diejenigen, die der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung zugeführt wurden, wurden fast ausschließlich auf die jährliche Mindestzuführung angerechnet.

Bei Neuzugängen in der substitutiven Krankenversicherung wird seit dem 1. Januar 2000 ein gesetzlicher Zuschlag in Höhe von 10 Prozent auf die Bruttoprämie erhoben und ebenfalls der Deckungsrückstellung direkt zugeführt. Für Kunden, die bereits vor dem 1. Januar 2000 versichert waren und der Einführung des Zuschlags nicht widersprochen haben, beträgt der Zuschlag mittlerweile ebenfalls 10 Prozent. Hieraus ergab sich ein weiterer Rückstellungsbetrag, der direkt der Alterungsrückstellung zugeführt wurde und zur Beitragsermäßigung im Alter dient.

Die in der RfB angesammelten Mittel wurden grundsätzlich innerhalb von drei Jahren verwendet, indem sie als Einmalbeitrag zur Milderung von Beitragsanpassungen dienten oder zur Auszahlung (Beitragsrückerstattung) kamen. Die Verwendung der Mittel ist grundsätzlich von der Zustimmung eines unabhängigen Treuhänders abhängig.

Die Berechnung der **Pensions- und Jubiläumsrückstellungen** erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels des sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts von § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde die Pensionsrückstellung mit einem Zinssatz von 3,89 Prozent (7-Jahres-Durchschnittszins) berechnet. Für die Berechnung der Jubiläumsrückstellung wurde ein Zinssatz von 3,40 Prozent verwendet. Es wurde von einer künftigen Gehaltsentwicklung von 2,2 Prozent sowie einer Fluktuation von 1,96 Prozent bei Frauen und 1,81 Prozent bei Männern ausgegangen. Ferner wurde zur Berechnung der Pensionsrückstellungen eine Rentendynamik von 2,0 Prozent verwendet. Um den Verwaltungskosten sowie der Unsicherheit der Sterblichkeit und Invalidität Rechnung zu tragen, wurde die Pensionsrückstellung um 1.037 Tsd. Euro bzw. 5 Prozent aufgestockt.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen i. S. d. IDW RS HFA 3 ermittelt. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 2,53 Prozent, einer Gehaltssteigerung von 2,2 Prozent und einer Fluktuationsrate von null verwendet. Als Verpflichtung wurden die Leistungen bewertet, die sich aufgrund der Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergaben.

Die Pensionsrückstellung sowie die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Alle übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft und sonstige Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Abrechnungsverbindlichkeiten werden auf Grundlage der Rückversicherungsverträge angesetzt.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern werden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanzen sowie für steuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Die Bewertung temporärer bzw. quasi-temporärer Differenzen sowie der steuerlichen Verlustvorträge erfolgt mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) und Gewerbesteuer (GewSt) von 44,7 (44,7) Prozent.

Die passiven latenten Steuern entstehen aus der unterschiedlichen Bewertung von Grundstücken zwischen Handels- und Steuerbilanz. Die mit den passiven latenten Steuern zu saldierenden aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bei den Kapitalanlagen, der Pensionsrückstellung und den sonstigen Rückstellungen.

Für den verbleibenden Aktivüberhang werden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert. Verlustvorträge werden nur insoweit berücksichtigt, wie sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechenbar sind.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2015

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.353	-	-
2. Summe A.	1.353	-	-
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	99.261	1.415	-
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.951	18.721	13.658
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	5.000	-
3. Beteiligungen	25.088	30.583	-13.658
4. Summe B.II.	28.039	54.304	-
B.III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.671.938	956.000	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	306.328	20	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2.856.994	25.509	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.858.383	116.830	-
c) übrige Ausleihungen	109.340	240	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	68.000	-	-
5. Summe B. III.	8.870.983	1.098.599	-
Gesamt	8.999.636	1.154.318	-

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
-	-	294	1.059
-	-	294	1.059
-	-	3.482	97.194
-	-	-	35.330
-	-	-	5.000
15.556	1.427	17	27.867
15.556	1.427	17	68.197
54.078	1.637	249	3.575.248
1.351	-	-	304.997
199.012	-	-	2.683.491
378.350	-	7.468	2.589.395
15.183	-	686	93.711
-	-	-	68.000
647.974	1.637	8.403	9.314.842
663.530	3.064	12.196	9.481.292

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97.194	109.221	99.261	106.917
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundene Unternehmen	35.330	41.644	2.951	7.511
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	5.000	5.018	–	–
3. Beteiligungen	27.867	30.056	25.088	29.099
4. Summe B. II.	68.197	76.718	28.039	36.610
B. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.575.248	3.607.837	2.671.938	2.784.088
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	304.997	362.115	306.328	372.741
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.683.491	3.302.418	2.856.994	3.568.051
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.589.395	3.176.170	2.858.383	3.564.813
c) übrige Ausleihungen	93.711	88.596	109.340	103.537
4. Einlagen bei Kreditinstituten	68.000	68.000	68.000	68.000
5. Summe B. III.	9.314.842	10.605.136	8.870.983	10.461.230
Summe B.I–B.III. Kapitalanlagen	9.480.233	10.791.075	8.998.283	10.604.757
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		1.310.842		1.606.474

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf 1.310,8 (1.606,5) Mio. Euro und lagen bei 13,9 (17,9) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Bei den Zeitwerten der Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Investmentanteilen sind im Berichtsjahr die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte innerhalb der Bewertungseinheiten enthalten. Diese beliefen sich bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen auf –0,4 Mio. Euro, bei den Beteiligungen auf –0,8 Mio. Euro und bei den Investmentanteilen auf 1,5 Mio. Euro.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlagenart, nach folgenden branchenüblich anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert des Grundvermögens wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Der Zeitwert von an der Börse notierten Kapitalanlagen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs

vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Investmentfonds zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis. Der Zeitwert von nicht börsennotierten Schuldtiteln wurde mit dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren zum 31. Dezember 2015 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Fremdkapitalinstrumenten wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Der Zeitwert von Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurde mit dem Discounted-Cash-Flow-Verfahren ermittelt. Basis war die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Bei Einlagen bei Kreditinstituten wurde der Nennwert als Zeitwert angesetzt.

Sonstige Kapitalanlagen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden:

	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo	Zeitwerte	Bilanzwerte	Saldo
	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	Vorjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.556.669	3.529.266	27.403	2.735.789	2.627.344	108.445
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	362.115	304.997	57.118	372.741	306.328	66.413
Sonstige Ausleihungen	6.567.184	5.366.598	1.200.586	7.236.401	5.824.717	1.411.684
Gesamt	10.485.968	9.200.861	1.285.107	10.344.931	8.758.389	1.586.542

Zum Bilanzstichtag wurde bei Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe eines Buchwerts von 20,82 Mio. Euro (Zeitwert 20,23 Mio. Euro), bei Investmentanteilen in Höhe eines Buchwerts von 3,45 Mrd. Euro (Zeitwert 3,44 Mrd. Euro) sowie bei sonstigen Ausleihungen in Höhe eines Buchwerts von 192,7 Mio. Euro (Zeitwert 183,5 Mio. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wurde. Es bestanden dabei sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

Auf Kapitalanlagen (ohne Grundstücke und Immobilien) wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von 8.171.605 Euro (174.534 Euro) vorgenommen.

Werden zur Absicherung des Währungsrisikos in Fremdwährung getätigte Investitionen an geschlossenen und offenen Immobilienfonds mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Macro Hedges bilanziell nachvollzogen. Abgesichert werden jeweils nahezu 100 Prozent des Buchwerts in Fremdwährung der Investition. Infolge der betragskongruenten Sicherung ist von einer gegenläufigen Wertänderung von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument auszugehen. Die Währungssicherung wird dabei auf den jeweiligen Buchwert in Fremdwährung abgestellt; d. h., bei Kapitalabrufen wird zeitgleich das Sicherungsvolumen auf-, bei Kapitalrückführungen entsprechend abgebaut. Dies geschieht durch den Abschluss zusätzlicher bzw. gegenläufiger Devisentermingeschäfte. Es handelt sich um eine jährlich rollierende Absicherung. Zur Effektivitätsmessung erfolgt eine Gegenüberstellung der Marktveränderungen der Devisentermingeschäfte und des Grundgeschäftes zum Geschäftsjahresende.

Zum 31. Dezember 2015 waren Investitionen in Höhe von 29.401.257 USD und 35.097.720 CAD abgesichert. Der Zeitwert der korrespondierenden Devisentermingeschäfte belief sich auf 357.774 Euro.

B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst fünf Grundstücke. Es wurden planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.481.809 Euro vorgenommen.

B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB		Anteil am Kapital %	Eigenkapital Tsd. €	Jahres- ergebnis Tsd. €
Bayerische Beamtenkrankenkasse Versicherungsdienste GmbH	München	100,00	785	43 ¹
Bayerische Beamtenkrankenkasse Versicherungsdienste ppa GmbH	Bad Dürkheim	95,00	249	30 ¹
Consal Vertrieb Landesdirektionen GmbH	Saarbrücken	100,00	48	-6 ¹
Northam Evergreen Funds S.C.S. SICAV-FIS Alba Evergreen	Luxemburg	100,00	-	- ²
Northam Evergreen Funds S.C.S. SICAV-FIS	Luxemburg	50,00	-	- ²
Wafra Residential Value Invest I, Inc.	Delaware	26,32	-	- ²

1 Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014.

2 Eigenkapital und Jahresergebnis lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

B. II. 1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Abschreibungen enthielten Währungskursverluste in Höhe von 634 Euro.

B. II. 3. Beteiligungen

Die Abschreibungen enthielten Währungskursverluste in Höhe von 17.096 Euro.

Die Zuschreibungen enthielten Währungskursgewinne in Höhe von 1.427.113 Euro.

B. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Zuschreibungen enthielten Währungskursgewinne in Höhe von 1.636.658 Euro.

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Stille Reserven	Stille Lasten	Zeitwert	Ausschüttungen Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Gemischt ¹	3.441.101	-	8.071	3.433.030	50.045
Aktien ¹	66.305	3.736	-	70.042	37
Immobilien ²	24.826	3.451	-	28.278	1.112
Gesamt	3.532.232	7.187	8.071	3.531.350	51.194

1 Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.

2 Jederzeitige Anteilsscheinrückgabe unter Beachtung der marktüblichen Restriktionen hinsichtlich Liquidierbarkeit und Kündigung der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände. Für Immobilienfonds gelten die besonderen Vorschriften des § 257 KAGB.

B. III. 3. Sonstige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Namensgenussrechte	46.059	61.686
Forderungen aus dem Verkauf von Hedge-Fonds-Zertifikaten	47.650	47.650
Mitarbeiterdarlehen	2	4
Gesamt	93.711	109.340

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66.482.000 Euro und ist eingeteilt in 2.600.000 auf den Namen lautende Stückaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können. Es setzt sich zusammen aus 600.000 volleingezahlten Stückaktien, auf die ein Nennbetrag in Höhe von 15.342.000 Euro geleistet ist, und 2.000.000 teileingezahlten Stückaktien, auf die ein Betrag in Höhe von 12.793.109 Euro geleistet ist.

Der alleinige Aktionär, die Consal Beteiligungsgesellschaft, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

A. III. Gewinnrücklagen

	Stand Anfang Geschäftsjahr €	Einstellung aus dem Vorjahres- bilanzgewinn €	Einstellung aus dem Jahres- überschuss €	Entnahmen €	Stand Ende Geschäftsjahr €
1. gesetzliche Rücklage	6.648.200	-	-	-	6.648.200
2. andere Gewinnrücklagen	81.878.161	-	4.004.000	-	85.882.161
Gewinnrücklagen	88.526.361	-	4.004.000	-	92.530.361

B. II. Deckungsrückstellung

Von der Deckungsrückstellung in Höhe von 8.510.366.166 Euro entfallen 3.181.759 Euro auf die Übertragungswerte gekündigter Versicherungsverträge.

B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				Gesamt €
	Rückstellung für erfolgs- abhängige Beitragsrück- erstattung €	Poolrelevante Rückstellung für Beitrags- rückerstat- tung der Pflegeversi- cherung €	Betrag nach § 12a Abs. 3 VAG €	Sonstiges €	
1. Bilanzwerte Vorjahr	490.084.625	35.494.251	19.332.084	814.949	55.641.284
2. Entnahme zur Verrechnung	83.472.432	35.494.251	11.707.045	-	47.201.296
3. Entnahmen zur Barausschüttung	24.496.217	-	-	237.989	237.989
4. Zuführung	115.871.047	-	1.845.340	299.908	2.145.248
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	497.987.023	-	9.470.379	876.868	10.347.247
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG	9.929.755 (11.941.895)				

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Anschaffungskosten der mit der Pensionsrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprechen dem Zeitwert und betragen 2.116.334 Euro. Der Zeitwert entspricht dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich eines vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattung (sogenannte unwiderruflich zugeteilte Überschussbeteiligung). Die entsprechenden Vermögensgegenstände werden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellung von 21.767.893 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung werden Erträge in Höhe von 69.113 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 738.781 Euro verrechnet.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Provisionszahlungen	6.547.687	6.649.427
Jubiläumswendungen	2.563.074	2.084.373
Ausstehende Rechnungen	1.795.766	855.201
Urlaubsverpflichtungen	855.544	826.855
Altersteilzeit	787.406	733.105
Variable Vergütung	681.000	607.656
Gleizeit/Überstunden	505.016	811.294
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	448.187	403.281
Jahresabschlusskosten	325.286	303.858
Drohende Verluste	54.616	1.842.644
Gesamt	14.563.582	15.117.694

Die Anschaffungskosten der mit der Altersteilzeitrückstellung zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.647.615 Euro und entsprechen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände werden mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtung von 2.435.021 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung werden Erträge in Höhe von 67.618 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 68.312 Euro verrechnet.

D. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Sonstige Verbindlichkeiten	56.011	56.851
Gesamt	56.011	56.851

Verbindlichkeiten durch Grundbucheintragung dinglich gesichert

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Sonstige Verbindlichkeiten	61.427	62.268
Gesamt	61.427	62.268

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennwert von 96.115.412 Euro bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 140.341.015 Euro.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen in den §§ 124 ff. VAG sind die privaten Krankenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2,0 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich eine mögliche Zahlungsverpflichtung von 18.641.038 Euro.

Im Rahmen eines Mitversicherungsvertrags zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG vom 26. Mai 1994 für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) haftet jeder der Mitversicherer für die zu erbringenden Versicherungsleistungen gegenüber jedem Versicherungsnehmer als Gesamtschuldner und gegenüber jedem Mitversicherer in Höhe der jeweiligen Mitversicherungsquote, die für das Kalenderjahr aufzubringen ist, in dem die Versicherungsleistung erbracht wird.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschäftsjahr lfd. Beitrag €	Geschäftsjahr Einmalbetrag €	Geschäftsjahr lfd. Beitrag €	Vorjahr Einmalbetrag €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Einzelversicherungen				
Krankheitskostenvollversicherungen	925.950.854		939.683.359	
Krankentagegeldversicherungen	20.059.940		20.349.977	
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	26.779.738		29.323.660	
Pflegezusatzversicherungen	85.741.555		76.554.939	
Sonstige selbständige Teilversicherungen	135.482.757		132.779.964	
Pflegepflichtversicherungen	90.772.851		84.476.702	
Beihilfeablöseversicherung	169.180.446		162.863.967	
Restschuldsicherungen	–	–	–	–
Auslandsreisekrankenversicherungen	–	2.396.409	–	2.504.467
Summe	1.453.968.141	2.396.409	1.446.032.568	2.504.467
Gruppenversicherung				
Krankheitskostenvollversicherungen	16.525.739		16.408.201	
Krankentagegeldversicherungen	711.467		736.117	
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	317.139		339.038	
Sonstige selbständige Teilversicherungen	85.467.407		80.741.028	
Summe	103.021.752	–	98.224.384	–
Gesamt	1.556.989.893	2.396.409	1.544.256.952	2.504.467
Gesamtes Versicherungsgeschäft		1.559.386.302		1.546.761.419

Der Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 12 Abs. 4 a VAG belief sich auf 49.522.081 (49.985.153) Euro.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen

Zum 31. Dezember 2015 waren gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 Satz 4 RechVersV insgesamt 1.843.059 (Vorjahr 1.827.123) natürliche Personen versichert.

Von den versicherten Personen¹ entfielen auf:

	Geschäftsjahr Anzahl	Vorjahr Anzahl
Krankheitskostenvollversicherungen	342.933	351.749
Krankentagegeldversicherungen	84.404	83.058
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	306.788	311.421
Pflegezusatzversicherungen	273.634	257.878
Sonstige selbständige Teilversicherungen	871.854	854.587
Pflegepflichtversicherungen ²	373.521	383.885
Beihilfeablöseversicherung	543.959	549.059
Restschuldsicherungen	–	–
Auslandsreisekrankenversicherungen	321.421	335.237

¹ Darin enthalten sind Doppelzählungen.

² Darin enthalten ist der Anteil von 4,0 Prozent an der GPV.

I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr Einmalbetrag €	Vorjahr Einmalbetrag €
Beiträge aus der RfB aus:		
Einzelversicherungen	130.492.018	42.010.212
Gruppenversicherungen	181.710	77.912
Summe	130.673.728	42.088.124
Beiträge aus der RfB nach:		
Laufenden Beiträgen	–	–
Einmalbeiträgen	130.673.728	42.088.124
Summe	130.673.728	42.088.124
Beiträge aus der RfB aus:		
Krankheitskostenvollversicherungen	60.331.026	27.822.574
Krankentagegeldversicherungen	–	1.487.387
Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	138.425	23.862
Sonstige selbständige Teilversicherungen	8.488.616	325.873
Pflegeversicherungen	61.715.661	12.428.428
Summe	130.673.728	42.088.124

Übertragungswerte

In den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen sind erhaltene Übertragungswerte in Höhe von 1,2 (1,1) Mio. Euro und in den sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen gezahlte Übertragungswerte in Höhe von 2,8 (2,8) Mio. Euro enthalten.

Rückversicherungssaldo

Anteil der Rückversicherer an den	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
verdienten Beiträgen	274.455	230.901
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	40.685	96.890
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	50.717	54.281
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	183.053	79.730

II. 2. Sonstige Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 680.537 (2.056.117) Euro enthalten.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Bayerischen Beamtenkrankenkasse waren im Jahr 2015 durchschnittlich 773 Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	514	516
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	254	234
Angestellte Außendienstmitarbeiter	5	5
Gesamt	773	755

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	25.734	27.304
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	699	1.534
3. Löhne und Gehälter	42.776	40.898
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	6.818	6.628
5. Aufwendungen für Altersversorgung	5.229	2.981
6. Aufwendungen insgesamt	81.256	79.345

Gesamthonorar Abschlussprüfer

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
Abschlussprüferleistungen	213.739	210.844
Bestätigungsleistungen	5.730	–
Gesamt	219.469	210.844

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 2 bis 3 aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands beliefen sich auf 1.319.705 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 103.751 Euro gezahlt.

Für den Aufsichtsrat wurden 95.642 Euro und für die Beiräte 20.622 Euro aufgewendet.

Konzernzugehörigkeit

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München, gehört zum Konzern VKB. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf und wird die Bayerische Beamtenkrankenkasse in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer Bayern, Maximilianstr. 53, 80530 München erhältlich und steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr €
Rohüberschuss nach Steuern	159.886.802
abzüglich:	
Direktgutschrift gemäß § 12a VAG	9.929.755
Zuführung zur poolrelevanten erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	115.871.047
	125.800.802
Jahresüberschuss	34.086.000
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	4.004.000
Bilanzgewinn	30.082.000

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 30.082.000 Euro an den Aktionär auszuschütten.

München, den 2. März 2016

Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Benzing



Kiechle



Kolb

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 6. April 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ott
Wirtschaftsprüfer

Kästle
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung am 13. April 2015 sind Frau Daniela Eckmann, Herr Walter Kohlenz und Herr Jörg Tomalak-Plönzke in den Aufsichtsrat gewählt worden. Herr Dr. Wolfgang Breuer ist mit Wirkung zum 1. Januar 2016 in den Aufsichtsrat gewählt worden.

Mit Wirkung zum Ablauf der Hauptversammlung am 13. April 2015 sind Herr Hans-Jörg Rippstain und Herr Klaus-Arno Türk aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Jörg Tomalak-Plönzke ist mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2015 aus dem Gremium ausgeschieden. Der Aufsichtsrat hat den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Tätigkeit im Gremium seinen Dank ausgesprochen.

München, den 11. April 2016

Für den Aufsichtsrat



Schubring-Giese

Impressum

Herausgeber

Konzern VKB
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
Telefax (0 89) 21 60-27 14
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign Berlin Braunschweig

Druck

Gebr. Bremberger GmbH & Co. KG, Unterschleißheim

Konzern VKB

Maximilianstraße 53 | 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0 | Telefax (0 89) 21 60-27 14

service@vkb.de | www.vkb.de